

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei postalen...
Bestellungen werden von allen Reichs-...
Für unvollständig eingekaufte Manuskripte...

Bezugspreis der Redaktion Nr. 1140:
Der Anzeigen-Abteilung Nr. 1140:
Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6-spaltigen Anzeigen...
unter Annahmestellen und allen...
Kleinanzeigen-Expeditionen angenommen.

Ercheint täglich postamt...
Sonntags und Feiertage

Redaktion und Druck-Verlag...
Halle, Gr. Brauhausstr. 12
Verlagsdirektion: Markt 24.

Nr. 320.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. Juli.

1912.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“
werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren
Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Der Landwirtschaftsminister
und die Deckerung.

Selbst Minister prophezeien mitunter — falsch. Am
9. Februar war es, da beglückte der Landwirtschaftsminister
Führ. v. Schorlemer-Nieler das 94. preussische Landes-
Oekonomik-Kollegium, und er wies „gegenüber
den unbegründeten und übertriebenen Gerüchten über un-
genügende Versorgung des Vaterlandes mit Fleisch und
Brotgetreide auf die günstigen Ergebnisse der Viehzählung
vom 1. Dezember 1911“ hin.

„Diese beweisen am besten“ — so sagte er —, „daß die
Landwirtschaft auf die Anregungen und Wünsche der Re-
gierung eingegangen ist und trotz Futtermangel die Vieh-
haltung nicht eingeschränkt hat.“ Der Minister hob die Zu-
nahme von Rindern und Schweinen hervor und fuhr fort:
„So wird unsere Landwirtschaft bei entsprechender Arbeit
auch weiter imstande sein, dem wachsenden Bedürfnisse der
Bevölkerung nach Fleischversorgung Rechnung tragen zu
können. Weder die Dürre, noch die Maul- und Ruus-
seuche haben entgegen manchen Befürchtungen einen nach-
haltigen ungünstigen Einfluß auf die Fleischversorgung ge-
habt, das eröffnet den frohen Ausblick, daß wir im Frühjahr
und Sommer — entgegen den von beachtenswerter Seite
geäußerten Bedenken — weder mit einer Viehknappheit
noch einer gerechtfertigten Fleischknappheit zu rechnen
haben.“

Die „Voss. Ztg.“ untersucht jetzt in einem Leitartikel
anwieweit denn die freundliche Voraussage des Fachmini-
sters eingetroffen ist.

Freudig vernahm man im Kreise der Vertreter der
Landwirtschaft diese Prophezeiung. Mit Jubel wurde sie
auch von den Städtern vernommen. Der Prophet galt ein-
mal etwas im eigenen Vaterland. Der Winter schwand,
der Frühling kam, des Sommers Glut schmitzt fast den As-
phalt der Volkstadt, aber die Viehknappheit blieb und die
Fleischpreise kletterten mit dem Quecksilber des Thermometers
fast um die Wette in die Höhe. Wo bleibt die Bewirkung
der Versicherung des Grafen Dr. Schönerling, des
Präsidenten des Preussischen Landes-Oekonomik-Kollegiums
und des Deutschen Landwirtschaftsrats, daß „die Mittelung
dieser erfreulichen Zahlen (Viehzählung), die eine hohe Be-
deutung haben, für unsere Landwirtschaft ein weiterer An-
sporn sein wird, daß sie auch die 5. v. H. des Fleischbedarfs,
den bisher noch das Ausland decken muß, selber aufbringt?“

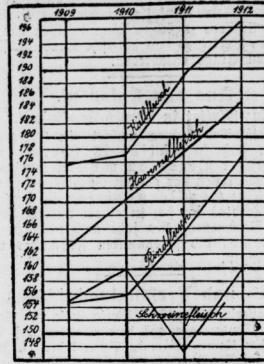
Sind am Ende wieder die Viehkommissionäre und Fleischer,
die doch zu dem von den Agrariern scheinbar so geschätzten
Mittelpunkte gehören, daran schuldig? Randat a. D. von
König-Kl. Sprottau schien bereits in jener Sitzung, wo
der Landwirtschaftsminister das nahe Ende der Fleisch-
knappheit vorher für alle Fälle den Händlern, die „wohl
wieder das Fleischnotgeschrei erheben werden“, die Schuld
in die Schuhe schieben zu wollen. Er verlangte sorgfältige
Erhebungen über die Spannung zwi-
schen den Schweine- und Schweinefleisch-
preisen. Die Feststellung der Spannung geschieht nun
unter Mitwirkung eines Vertreters des statistischen Amtes.
Aber die teureren Preise sind da. Die Fleischer klagen über
schlechte Geschäfte. In den Außenbezirken Groß-Berlins hat
mancher Schlächter seinen Laden geschlossen, da es in seinem
Biertel zu viel Nuß-Vegetarier gibt. Das Kaiserliche
Gesundheitsamt, gewiß eine Behörde, die bei ihren
Untersuchungen mindestens so objektiv ist, wie ein preußi-
scher Staatsanwalt, kommt zu dem Ergebnis, daß einem
großen Teil der arbeitenden Bevölkerung nicht diejenige
Menge Fleischmahlung zugeführt wird, die zur Erhaltung
der Leistungsfähigkeit erforderlich erscheint. Auf dem Ber-
liner Zentralviehhof läßt von Monat zu Monat der Vieh-
auftrieb nach. Aber eine Fleischknappheit, geschweige denn
eine Viehknappheit gibt es bei uns nicht. Der Landwirtschafts-
minister hat sie im Februar bereits hinwegbefreit. Und
gegen solch ein Diktat, das unter dem Jubel der Agrarier
verfälscht wurde, gibt's keine Einwände.

Was sagt aber der Minister dazu, daß Dienstag abend
selbst die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ eine
Aberkennung über die Lebensmittelpreise mit dem Eingestän-
dnis beginnt:

„Die seit etwa Jahresfrist schwer fühlbare Ver-
teuerung der notwendigen Lebensmittel
hat in den letzten Wochen durch erhebliche Preissteigerungen
für Brotgetreide und besonders für Fleisch jeder Art, denen
nur für frische Gemüse eine Preisermäßigung gegenüber-
steht, eine empfindliche Verschärfung erfahren.“

Nach den amtlichen Preisberichten der Statistischen
Korrespondenz-Keller läßt die durchschnittlichen Klein-

handelspreise in 51 preussischen Städten in Pfennigen für
1 Kilogramm Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch und
Schweinefleisch im Mai 1912, verglichen mit denen des
Monats Mai der Jahre 1909—1911, folgendermaßen dar:



Im einzelnen zeigt die amtliche Statistik außerordent-
lich große Differenzen zwischen den an den verschiedenen
Orten gezahlten Preisen, die auf große Ungleichheiten in
den Angebots- und Nachfrageverhältnissen schließen lassen,
deren Ausmaß durch Erleichterung des Verkehrs mit Vieh
und Fleisch im Interesse der Gesamtheit liegt. Deshalb
haben die Minister der Kaufmannschaft von
Berlin bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten bean-
tragt, den Tarif für den Staats- und Privatbahn-Ferrierverkehr
und den Ausnahmetarif für Fleisch von frisch geschlachtetem
Vieh zu ermäßigen.

Mahmud Schewkets Rücktritt

hat eine weittragende, vielschichtige umwälzende Be-
deutung. Er, der 1909 Konstantinopel erobert und, ge-
tragen vom Vertrauen der ganzen Nation, Abul Hamid
abgesetzt hat, war der feste Stützpunkt der Komiteeherrschaft. In
seinen politischen Anschauungen fand er dabei jedoch nicht
auf dem extrem linken Flügel der jungtürkischen Partei,
sondern war bei all seinen modernen Anschauungen ein
Verfechter des konföderativen und islamitischen Gedankens.
Sein Hauptverdienst liegt darin, daß er die türkische Armee
in kurzer Zeit auf einen wirklich schlagfertigen Zustand ge-
bracht hat. Jetzt scheint die abendliche Bewegung
ihm, den man als den militärischen Stützpunkt der Komiteeherrschaft
ansieht, gestützt zu haben, aber auch die Bestrebung
der Friedensfreunde scheint bei dem Sturze mitge-
wirkt zu haben. Der Rücktritt Mahmud Schewkets
wird nicht ohne großen Einfluß auf die Stellung der
jungtürkischen Partei bleiben, die sich stark auf seine große
Autorität stützen konnte. Und sein Schritt ist um so
bemerkenswerter, als er ohne Rücksicht auf die Kriegs-
lage erfolgt. Schewket Pascha war der eigentliche Organi-
sator der jungtürkischen Revolution. Aber er war eines
der konföderativen Elemente der Regierung und das hat
wiederholt zu Differenzen im Schoße des Kabinetts, na-
mentlich mit dem früheren Minister des Innern Halil
Bei und dem Finanzminister Nail Bei geführt. Der
scheidende Kriegsminister gehörte immer zu jenen türki-
schen Liberalen, die bei allem Verständnis für moderne
Anschauungen und kulturellen Fortschritt doch stets die na-
tionale Eigenart der Türken betonten.

D' Vorgänge in Mazedonien.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:
Weitere sieben Offiziere sind heimlich von Konstanti-
nopol nach Monastir zu den meuternden Offizieren abge-
reist. Die unter Führung des Hauptmanns Tajar stehen-
den meuternden Offiziere gaben den mit ihnen gleichzeitig
entflohenen Soldaten die Freiheit, heimzukehren oder sich
den Aufständischen anzuschließen; sie selbst lehnten es ab,
die Unterwerfung zu organisieren. Jetzt hat sich der Auf-
stand auch auf Südalbanien und die Miridita ausge-
dehnt. Der Bureauchef des Kriegsministers, Salim,
nahm seiner Abreise. Der ganze Generalkstab steht
auf seiten der Opposition. Auch in Kleinasien
droht eine sozial-revolutionäre Bewegung gegen das
Komitee.

Athen, 10. Juli. Aus Albanien wird berichtet, daß
eine antitürkische Erhebung am 24. Juli, dem
Jahrestag der türkischen Verfassung, aus-
brechen werde. Es wird bestätigt, daß 500 türkische
Soldaten an der montenegrinischen Grenze sich weigerten,
ihren Offizieren zu gehorchen und die Stadt Berana
ausgeplündert haben. Zugleich wurden die benach-
barten Dörfer geplündert und viele Bewohner getötet. 4
türkische Offiziere und 150 Mann sind fah-
nenflüchtig.

Das liberale Abkommen
in Württemberg.

Der Gedanke der liberalen Gemeinbürgerschaft in Deutsch-
land marschiert. Das zeigt nach dem engen Zusammengehen
von Volkspartei und Nationalliberalen bei den Reichstags-
wahlen jetzt wieder der Abschluß des Wahlabkommens in
Württemberg. Nach am Sonnabend brachte die „Germania“
einen Artikel, der in seiner Ueberschrift das Abkommen als
„vorläufig gehehert“ bezeichnete. Bereits gefahren konnte
es als definitiv abgeschlossen und unterzeichnet bekannt-
gegeben werden. Das wird den Gegnern von rechts zwar
unangenehm sein, aber am wenigsten in der Politik kann
es die Aufgabe sein, den Gegnern Freude zu bereiten, und
daß sie keine solche haben, das dürften die Äußerungen ihrer
Presse in den nächsten Tagen schon zur Genüge zeigen.

Am 8. Juli ist das Abkommen unterzeichnet. Im Inter-
esse der Fortführung einer wahrhaft liberalen
Landespolitik wird die fortschrittliche
Volkspartei und die Nationalliberale Par-
tei von Württemberg sich in den nachstehend bezeichneten
Bezirken keine Gegenkandidaten entgegenstellen.

Kandidaten werden aufgestellt von der Volkspartei
in Badnang, Balingen, Biberach, Böblingen, Calw, Crails-
heim, Freudenstadt, Gaiddorf, Gerabronn, Gmünd, Heil-
bronn-Stadt, Heilbronn-Amt, Horb, Kirchheim, Leonberg,
Leutkirch, Ludwigsburg-Amt, Marbach, Münsingen, Neudars-
um, Nürtingen, Oberndorf, Oefringen, Reutlingen-Stadt,
Rottenburg, Saulgau, Schorndorf, Spaigingen, Tettnang,
Tübingen-Stadt, Tuttlingen, Ulm-Amt, Urach, Waiblingen,
Weßlingen.

Von der Nationalliberalen Partei in Aalen,
Börsheim, Blaubeuren, Bradenheim, Cannstatt, Ebingen,
Ellwangen-Stadt, Ellwangen-Amt, Eßlingen, Geislingen,
Göppingen, Hall, Herrenberg, Künigsau, Laupheim, Maul-
bronn, Mergentheim, Nagold, Neresheim, Neuenburg, Ne-
uenburg, Reutlingen-Amt, Rieslingen, Rottweil, Stutt-
gart-Amt, Sulz, Ulm-Stadt, Waldsee, Wangen, Weinsberg,
Weßheim.

Die Volkspartei wird die Kandidaten der National-
liberalen Partei, diese die Kandidaten der Volkspartei nach-
drücklich unterstützen. Keine der beiden Parteien wird ein
Abkommen mit einer anderen Partei treffen. Die National-
liberale Partei hat sich nur vorbehalten, in dem Bezirk
Leonberg eine dem bisherigen Abgeordneten früher gegebene
Zulage einzulösen. Die Entschließung der beiden Parteien
gilt für die von ihnen aufgestellten Kandidaten im ersten
und im zweiten Wahlgang. Zieht eine Partei im zweiten
Wahlgang ihre Kandidatur zurück oder wird die Kandidatur
von ihr nicht in der Absicht der Durchsetzung des eigenen
Kandidaten aufrechterhalten, so haben die Parteien für den
zweiten Wahlgang freie Hand. Eine Einigung wurde nicht
erzielt für Heidenheim, Ludwigsburg-Stadt und Tübingen-
Amt. Für die Proportionalwahl ist eine Verbindung ihrer
Listen von den beiden Parteien in Aussicht genommen.

Von der Volkspartei überlassenen Bezirken sind
16 bisheriger Beisitzer an, nämlich Badnang,
Balingen, Böblingen, Calw, Crailsheim, Freudenstadt, Gaid-
dorf, Gerabronn, Kirchheim, Reutlingen-Stadt, Tübingen-
Stadt, Tuttlingen, Urach, Waiblingen und Weßlingen; von
den übrigen Bezirken sind 7 im Besitz des Bauernbundes:
Leonberg, Marbach, Münsingen, Neudarsum, Oefringen,
Schorndorf und Ulm-Amt; im Besitz der Sozialdemokratie
3: Heilbronn-Amt, Ludwigsburg-Amt und Nürtingen; im
Besitz des Zentrums 9.

Von den den Nationalliberalen überlassenen
Bezirken sind 9 bisheriger Beisitzer an, nämlich
Blaubeuren, Bradenheim, Eßlingen, Hall, Künigsau, Maul-
bronn, Mergentheim, Sulz und Ulm-Stadt. Von den übrigen
Bezirken sind 3 im Besitz des Bauernbundes: Herren-
berg, Nagold und Weinsberg; 6 im Besitz der Sozialdemo-
kratie: Cannstatt, Göppingen, Neuenburg, Reutlingen-Amt,
Stuttgart-Amt und Weßheim; 12 im Besitz des Zentrums.

Die Bedeutung des jetzt getroffenen Abkommens er-
schöpft sich in seinem unmittelbaren Wert für die Verteilung
der Mandate und die Fortführung der bisherigen Landes-
politik keineswegs. Durch die engere Verbindung der bei-
den liberalen Parteien wird das Land, das durch die ge-
meinsame Staatsauffassung zwischen ihnen geknüpft ist, nur
noch enger gebunden. Das hat sich bereits in der energien-
stärkenden Abgabe gezeigt, die die Deutsche Partei den „ati-
nationalliberalen“ Treiberern erteilt hat. Diese
Abgabe ist nicht nur von Wert für den ungeschmälersten Be-
stand der Partei im Lande, sondern auch für den Geist, von
dem weiterhin ihre Arbeit im Parlament und in den Ge-
meinden geleitet sein wird. Das Abkommen hat aber auch
eine Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinaus. Jedes
Zusammengehen der beiden liberalen Parteien wirkt auf
nach außen und mahnt dort, wo die Einigkeit noch nicht oder

nur mangelhaft vorhanden ist, zu gleichem Vorgehen. So darf man die gesamtliberale Verständigung in Württemberg als einen weiteren Sieg des liberalen Einigungsgebankens ansehen und damit den Wunsch verbinden, daß diesem Staat ein voller Erfolg beschieden sein möge.

Deutsches Reich.

Verabschiedete Offiziere für Versicherungsämter.

Das Kriegsministerium hat einen Erlaß an die Generalcommandos wegen Belegung von Beamtenstellen bei den Versicherungsämtern durch verabschiedete Offiziere erlassen. Er lautet in seinen Hauptpunkten:

Dem künftigen Generalcommando teilt das Kriegsministerium mit dem Erlaß ein gefällige weitere Veranlassung ergeht mit, daß in Aussicht genommen ist, einige mittlere Beamtenstellen bei den Kreisversicherungsämtern mit geeigneten verabschiedeten Offizieren zu besetzen, denen allerhöchsten Orts die Aussicht auf Anstellung im Zivildienst verliehen worden ist. Voraussetzungen sind es sich hierbei um Stellen handeln, mit denen die Vertretung des Vorstehenden des Versicherungsamtes verbunden ist. Nach den bisher getroffenen vorläufigen Festlegungen ist eine Vorbereitungszeit von etwa zwei Jahren und die Ablegung einer Abschlußprüfung erforderlich. Da hiernach Offiziere vor Ablauf von mehreren Jahren als geeignete Bewerber nicht in Betracht kommen, werden die ihnen vorbehaltenen Stellen zunächst anderweitig besetzt werden müssen, so daß die gestuften Anwärter nicht in allen Fällen sofort mit ihrer Verwendung im Dienst einer Versicherungsanstalt rechnen können. Immerhin dürfte es rascher sein, solchen Offizieren, die sich dieser Laufbahn widmen möchten, zu empfehlen, mit der Vorbereitung zu beginnen und sich zu diesem Zweck mit einer der in den Anlagen näher bezeichneten Versicherungskassen, Berufsgenossenschaften oder Krankenkassen in Verbindung zu setzen.

Der Petersburger Aufenthalt des Reichskanzlers

Nächst sich seinem Ende. Mittwochs abend wird Herr von Bülow nach St. Petersburg nach Moskau abreisen. Dienstadt fand, wie angekündigt, ein Diner beim Ministerpräsidenten Kowzew statt, über dessen Verlauf uns folgendes Telegramm berichtet:

Petersburg, 10. Juli. Das Diner zu Ehren des Reichskanzlers beim Ministerpräsidenten Kowzew in seiner Villa auf der Selagininsel verlief glänzend. Es dauerte bis Mitternacht. Bei dem herrlichen Abendessen wurde der Kaiser auf der Terrasse eingemommen. Während der ganzen Zeit spielte ein Streichorchester. Der Reichskanzler war in vorzüglicher Stimmung. Er unterhielt sich fast die ganze Zeit mit Kowzew. Unter den Gästen befanden sich Reichshofrat Graf Pourtales nebst Gemahlin, Graf Mirbach, Vorkämpferin von Pallas, die übrigen Herren der Hofkammer, der bairische Gesandte von Gemmelius, der Präsident des Reichsrats Kinnom, sämtliche hier anwesende Minister, darunter der Gesandte des Ministers des Äußeren Herwarth als sein Vertreter, die Gräfin Reimnitz u. a. Zum russischen Vertreter des Handelsministeriums ist Stremoufow ernannt worden.

Vom Verband deutscher Müller.

Auf der 40. Hauptversammlung des Verbandes deutscher Müller in Frankfurt a. M., in dem 7000 Berufsgenossen zusammengeschlossen sind, sprach der Vorsitzende, Kommerzienrat Bauriedel aus Nürnberg, über die Frage der Weibschaffung oder Beilegung der Einfuhrsteuer. Außer den Müllern, für die sie zuerst die wichtigste ist, hätte auch die große Zahl der Verbraucher ein Interesse an der richtigen Lösung der Frage. Bauriedel schloß mit dem Schluß der Einfuhrsteuer, weil es eine Preisbeschneidung herbeiführt, ferner den inländischen Markt Brotgetreide künstlich zu gunsten des Auslandes entzieht und endlich die Mittel des Staates für die Zollrückvergütung in Anspruch nehme. Bauriedel sieht das Fortkommen des ganzen Müllereigewerbes durch die Handhabung des Einfuhrsteuerverweises gefährdet und fordert deshalb die Aufhebung der Einfuhrsteuer für Brotgetreide. Die Verammlung trat dieser Forderung unter Vorbehalt einmütig bei, nachdem der sächsische Müllerverband erklärt hatte, diesem Antrage nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß dann auch eine Unterabstimmung zwischen Mehl- und Getreidehändlern eingeführt würde.

Über Futtererzeugnisse sprach Professor Soncamp aus Nördth. Er behandelte namentlich die Frage der Beimengung von gekochten Samen und sonstigen Müllereizstoffen unter die Futterstoffe. Die deutschen Müllereien würden sich zwar solcher Futtererzeugnisse nicht schuldig machen, aber durch die Einfuhr derartiger verfallener Futtermittel aus dem Auslande würden die landwirtschaftlichen Abnehmer gegen Kete überaus mitrautlos.

Die nächste Tagung der Müller wird 1913 in Königsberg i. Pr. sein.

Die funktentographische Verbindung der Südtsee.

Die Befähigung von funktentographischen Großstationen auf Jap., in Raboul, auf Neu und in Apia wird so beschleunigt werden, daß voraussichtlich am 1. April 1913 unser Südseegebiet an das Weltfunknetz angegeschlossen sein wird.

Die wichtigen Verbindungen auf der australischen Station zeigen sich noch jüngst beim Eintreffen des kleinen Kreuzers Kondor im Samoaarchipel. Die Nachricht von der Ankunft des Schiffes im Hafen von Apia erreichte die Heimat erst nach Ablauf von dreizehn Tagen. Nicht minder unglücklich liegt es für das kleine Vermessungsschiff „Albatros“, das seitwöchentlich monatlang im weltbekannten Bismarckarchipel arbeitete, ohne daß eine Kunde von ihm nach Deutschland drang. Hier wird die Station Raboul Beförderung bringen. In Marinekreisen wird das große Werk der Deutschen Südseegeographie für funktentographie mit Freuden begrüßt.

Begründung der Festungsanst.

Anlaßlich der Flucht des französischen Spions Luz ist eine Verhärterung in der Handhabung der Festungsanst gefordert worden. Jetzt sind neue Vorschriften in diesem Sinne erlassen worden, die auf Verhärterung zur Militärstrafrechtsverordnung enthalten sind.

Darin wird u. a. bestimmt, daß fluchtverdächtige Beurteilte bei der Entlassung sorgfältig zu untersuchen sind und solche körperliche Untersuchungen öfters in unregelmäßigen Zeitabständen stattfinden haben. Fluchtverdächtige Personen, wie z. B. wegen Hochverrats, Landesverrats oder Verrats militärischer Geheimnisse Beurteilte sollen ihre Studien von Zeit zu Zeit wechseln. Die Studien sollen in regelmäßigen Zeitabständen untersucht werden. Fluchtverdächtige dürfen keine Posten in besonders dringenden Fällen und nur im Befehl von Offizieren oder des die Aufsicht führenden Interoffiziers empfangen. Die Befehle sind streng zu überwachen. Der Empfang von Briefen und Geld Paketen und dergleichen ist den Gefangenen in allgemeinen gelistet. Der Gouverneur ist jedoch verpflichtet, diesen Verkehr jederzeit zu beaufsichtigen und kann ihn nötigenfalls bis zur völligen Verhinderung einschränken. Fluchtverdächtige Personen dürfen sich nicht im Besitze von Geld und Wertpapieren befinden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Das sächsische Landesversicherungsamt hat soeben einen interessanten Streitfall entschieden, daß Gefangene, die im Gefängnis einen Unfall erleiden, Anspruch auf Unfallrente haben. Der Wärter S. hatte in einem sächsischen Gefängnis beim Kohlentragen einen Abwehrbruch erlitten. Seine Unfallentschädigungsansprüche wurden von der Behörde zurückgewiesen, insofern hat auf eine Beschwerde des Verletzten das sächsische Landesversicherungsamt im obigen Sinne entschieden.

Aus den Kolonien.

Ein Attentat in Deutsch-Neuguinea.

Aus Deutsch-Neuguinea meldet ein Telegramm des Gouverneurs, daß in Kaiser Wilhelmsland der Paradiesvogelstäger Peterkin mit drei farbigen Arbeitern von Eingeborenen der oberen Gogolobene ermordet worden ist. Eine Strafexpedition ist bereits unterwegs. Die Mordtat hat sich in einem ungeschlossenen, dem Einfluß der Verwaltung bis jetzt noch nicht zugänglichen Gebiet im Innern des sogenannten Festlandes von Neuguinea zugegetragen.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Kaiserin, Prinzessin Viktoria Luise und Prinz Oskar trafen mittels Sonderzuges auf dem Staatsbahnhof Wilhelmshöhe ein, wo der Kommandierende General des 11. Armeekorps Freiherr von Scheffer-Bohndel und Oberpräsident Hengstenberg zum Empfang erschienen waren. Die Kaiserin mit der Prinzessin und dem Prinzen bestiegen die offene Hofkutsche und fuhren in langsamem Trab durch die prächtig geschmückte Wilhelmshöhe Alles nach dem Schloß. Eine reichhaltige Menge, besonders der Gendarmen wehrfähiger junger Mädchen, bereiteten der Kaiserin den herzlichsten Empfang. Nach Mitteilung des Hofmarschallams wird die Kaiserin bis zur Ankunft des Kaisers, die am 12. August erwartet wird, in Wilhelmshöhe verbleiben. Der Aufenthalt dort soll lediglich der Erholung gewidmet sein. Der Kaiser hat den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen à la suite des 2. Seebataillons gestellt.

Ausland.

England im Mittelmeer.

Nach dem „Daily Telegraph“ steht zu erwarten, daß das Flottenprogramm, das der Marineminister Churchill am 18. März ankündigte, eine Revision erfahren wird. Die englische Seemacht im Mittelmeer wird nach Beendigung der Wänder wieder in beträchtlicher Stärke vertreten sein.

Gegen das Pariser Wohnungszend.

Aus Paris wird gemeldet: Der Minister des Innern Steeg legte im Ministerrat dem Präsidenten Gallières einen Gelehtentwurf zur Unternehmung vor, der den Pariser Stadtrat zur Einlösung einer Anleihe von 200 Millionen für den Bau billiger Wohnhäuser ermächtigt. Der Gelehtentwurf bestimmt, daß die Stadt Paris von diesem Betrag 50 Millionen an Gelehtsschafften verteilt, die sich mit dem Bau billiger Mietshäuser befassen. Die übrigen 150 Millionen soll der Stadtrat zur Erwerbung oder zum Ausbau von Wohnhäusern verwenden, deren Wohnungen bis zu zwei Dritteln der Gesamtmietsfamilien mit dem 1. Oktober 1913 unter 16 Jahren vorbestehen sollen. Der Mietspreis jeder Wohnung wird durch ein Gesetz bestimmt, das der Deputiertenkammer vorliegt.

Die Abdankung Mulei Hafids.

Die „Times“ meldet aus Tanger vom 9. Juli: Nach allgemeiner Annahme steht die Abdankung des Sultans Mulei Hafid unmittelbar bevor. Es gilt als sicher, daß sein Bruder Mulei Jusuf zum Sultan proklamiert werden wird. Mulei Hafid will seinen Aufenthalt in Tanger nehmen.

Ermordung eines Korpskommandanten.

Aus Barzul in der Dunganer wird gemeldet, daß der dortige Korpskommandant, General Zl, der zum Truppenkommandeur der Provinz Sintang bestimmt war, ermordet worden ist. Die englischen Zeitungen Chinas fordern einem absehbarem von Senkung auf nach dem Anschlag auf den Gouverneur von Senkung eine offiziers Rüst, besonders im Süden. Die sinesische Presse bezeichnet den Täter als einen unzurechnungsfähigen Chauvinisten. Bei der ersten Division in Kalang und bei der dritten Division, die sich in der Nähe Peking befindet, werden Meutereien befürchtet. Um eine Teilnahme der zweiten Division zu verhindern, ist sie nach Peking verlegt worden.

23. Internationaler Bergarbeiterkongress.

III.

Amsterdam, 9. Juli.

Der 23. Internationale Bergarbeiterkongress legte heute seine Verhandlungen über den Antrag Holland betreffend die Grubenkontrollenure fort. Der Antrag fordert von Arbeitern gewählt und vom Staate besetzte Grubenkontrollenure. Merxer (Frankreich) unterstützt den Antrag namens der französischen Delegierten.

gieren. — Balface (Belgien) stimmt namens der Belgier dem Antrag zu. In Belgien werden die Arbeiterinspektoren auf Vorschlag der Industrieminister vom Arbeitsministerium ernannt; es werden aber zu diesem Amt meist Personen ausgewählt, die bei den Arbeitern gut angesehen sind. Wenn die Zahl der Unfälle in Belgien verhältnismäßig klein erscheint, so liegt daran die irreführende Statistik. Balface (Amerika) erklärt in einer mit acht amerikanischen Räten gehaltenen Rede, daß die amerikanischen Delegierten mit dem Antrag einverstanden sind. Die Zahl der Unfälle sei in den amerikanischen Bergwerken prozentual höher als in jedem anderen Lande; in den letzten 10 Jahren seien in Amerika 30 000 Bergleute getötet und 187 000 schwer verletzt worden. Diese hätten 9000 Witwen und 33 000 Waisen hinterlassen. — Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen.

Hierauf erließ die Mandatprüfungskommission ihren Bericht. Es ist vertreten Deutschland mit 6 Delegierten, England mit 67, Frankreich mit 8, Belgien mit 7, Holland mit 2 und Amerika mit 3 Delegierten. Die deutschen Delegierten vertreten 161 000 organisierte Bergarbeiter, die englischen 161 000, die französischen 40 000, die holländischen 1000, die amerikanischen 350 000.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke.

Hierauf wurden drei Anträge vor. Der Antrag Belgien verlangt Zurücknahme der Bergwerke durch den Staat und deren Ausbeutung im Interesse der Allgemeinheit. — Ein Antrag Großbritannien fordert, daß alles Land, alle Bergwerke und alle Eisenbahnen im Interesse der Industrien der verschiedenen Länder verstaatlicht werden. — Der Antrag Frankreich stellt die Forderung auf, daß Bergwerksgesellschaften nicht an Privatleute vergeben werden dürfen, die Bergwerke sollen zum Nutzen der Allgemeinheit betrieben und die Interessen der Arbeiter, der unentbehrlichen Produzenten, ernstlich gewahrt werden. — Dejardin (Belgien) begründet den Antrag Belgien. Wenn die Gruben in Belgien dem Staate gehören würden, wäre es 1911 und 1912 nicht zu Bergarbeiten gekommen, die von den Arbeitgebern provoziert wurden, weil sie sich weigerten, das Gesetz betreffend die Verfürzung der Arbeitszeit und das Pensionsgesetz einzuführen. Dies zeige, wie nötig die Verstaatlichung der Bergwerke sei. — Balface (England) begründet den englischen Antrag. Die englische Bergwerksindustrie zähle an die Staatskasse jährlich 13 Millionen Pfund für das Recht, Kohlen zu graben. Wenn das Land in Staatsbesitz wäre, würden diese Abgaben in die Staatskasse fließen. — Choquet (Paris) schließt sich den Anträgen an. Die Sozialisten in Frankreich, wo die Bergwerke vom Staate vergeben werden, verlangen, daß an Private solche Rechte nur unter der Bedingung vergeben werden, daß sie den Arbeitslosenarbeitslosen einfließen. — Hierauf wurde die Debatte über diesen Punkt geschlossen und es trat die Mittagspause ein. In der Nachmittagsung wurde zunächst die Frage der

Regelung der Kohlenförderung zur Debatte gestellt. Das Internationale Komitee legte folgende von deutscher Seite eingebrachte Resolution vor:

„Der Kongress fordert die Sekretäre der einzelnen Länder auf, bis spätestens Ende des Jahres 1912 dem Generalsekretär einen Bericht über die Kohlenförderung, über die Güte- und Ausfuhr und den inländischen Verbrauch an Kohlen in dem betreffenden Lande einzuliefern. Neben Vorschlägen über geeignete Maßnahmen zur gemeinnützigen Regelung der Kohlenförderung an Hand dieser Berichte hat eine besondere Sitzung des Internationalen Komitees sich mit der Förderungsregelung zu befassen und dem nächsten Internationalen Kongress einen zweckentsprechenden Antrag zu unterbreiten.“

Der Sekretär des Internationalen Kongresses Th. Aiston (Manchester) begründete in kurzen Ausführungen die Resolution. Er wurde von den Engländern mit lebhaftem Beifallsstößen empfangen, da dies die erste Rede des seit langen Jahren als Sekretär tätigen Herrn aus einem Internationalen Kongress ist. — Calleraert (Belgien) begründete diese Frage als die wichtigste des Kongresses, da die Arbeiter durch eine nicht geregelte Kohlenförderung mancher Tag gezwungen werden, zu feiern und dabei nicht zu verdienen. Die Kohlenproduktion der ganzen Welt betrage jetzt in einem Jahre 1 200 000 000 Tonnen. Auch von dem Gesichtspunkte aus, daß es den Bergarbeitern nur dann gelinge, einen Krieg zu verhindern, wenn die Kohlenproduktion geregelt und eingeschränkt werde, sei diese Frage überaus wichtig. (Beifallsstöße.) — Amentin (Frankreich) unterstützte im Namen der französischen Bergarbeiter die Resolution. Diefelbe wurde sodann einstimmig angenommen.

Dann wurde die Debatte über die Verstaatlichung der Bergwerke fortgesetzt. Hus (Deutschland) erklärte, daß die Deutschen mit dem weitestgehenden Antrage Englands einverstanden seien, wenn auch nicht zu verstehen sei, daß es einen Fehler enthalte; er verlange Verstaatlichung der Bergwerke im Interesse der Arbeiter. In Deutschland verheute nun z. B. Kirdorf unter „Industrie“ eben sich selbst. Schon jetzt die Deutschen mit den vorliegenden Anträgen einverstanden. — Lanke (Amerika) stimmt den Anträgen bei. — Schmitt (Deutschland) von den Hirsch-Dunderbergen Gewerkschaften kann die Förderung der Verstaatlichung des Grund und Bodens, wie sie im Antrag England aufgestellt ist, nicht zustimmen. — Sekretär Aiston erklärte, daß das Komitee den Antrag England dahin abgeändert habe, daß die Verstaatlichung nicht im Interesse der Industrie, sondern in dem der Allgemeinheit gefordert werde. — Zacobowitz von den polnischen Gewerkschaften kann den Anträgen nicht zustimmen. — Die Anträge werden hierauf angenommen. — Inzwischen ist ein Telegramm über die Verstaatlichung der Bergwerke in Paris eingetroffen, die bis jetzt 94 Räte gefordert unter Kongress spricht seine Teilnahme aus und erhebt sich von der Seite.

Darauf beschloß sich der Kongress mit einem Antrag Großbritannien betreffend die

Einschränkung der Arbeitszeit.

Der Antrag lautet: Der Kongress tritt für eine einheitliche Arbeitswoche von nicht mehr als 48 Stunden auf allen Seiten in den auf diesem Kongress vertretenen Ländern ein. Diese Frage ist dem Internationalen Komitee zu überweisen, damit dieses einen Plan ausarbeitet und ein Datum festsetzt, an dem nach seinem Urteil die fünfjährige Arbeitswoche beginnen kann. Der im Jahre 1913 abzuhaltende Kongress soll endgültig das Datum bestimmen, an dem die fünfjährige Arbeitswoche ihren Anfang nehmen soll. — Spearer (England) begründet den Antrag. — Schmitt (Deutschland) von den Hirsch-Dunderbergen Gewerkschaften stimmt dem Antrage zu, meint aber, daß die Kameradschaften viel zur Regelung der Arbeitszeiten selbst beitragen könnten. — Balface (Frankreich) stimmt namens der Franzosen bei

Resolutions zu. — Marckille (Belgien) schließt sich an. Die Einschränkung der Arbeitszeit ist schon deshalb zu wünschenswert, weil dadurch auch die Produktion eingeschränkt werde, was zur Folge habe, daß auch die Preise nicht zu weit herabzinken und damit auch ein Einlenken der Löhne verhindert werde. — Walker (Amerika) stimmt der Resolution bei. Die amerikanischen Bergarbeiter haben ihre günstigen Verträge bei der letzten Bergarbeiterbewegung deshalb erreicht, weil die amerikanischen Grubenbesitzer den Streik der englischen Bergarbeiter, der zur gleichen Zeit stattfand wie in Amerika, benutzten, um durch einen Friedensschluß mit ihren Arbeitern es zu ermöglichen, den europäischen Markt zu besetzen und so die Preise in Amerika aufrecht zu erhalten. Dieser Vorgang zeige, wie notwendig es sei, solche Fragen, wie die Einschränkung der Arbeitszeit, gleichseitig international zu regeln. — Viet (Holland) unterstützt den Antrag. Die fünfjährige Arbeitswoche ist schon deshalb zu erstreben, um die Löhne der Bergarbeiter auf entprechender Höhe zu halten. Er wünscht, daß auch die Ferienfrage für die Bergarbeiter international gelöst werde. — Der Antrag wurde sodann einstimmig angenommen. — Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Kalle und Umgebung.

Salle a. S. 11. Juli

Halle und Magdeburg.

Unsere lieben Nachbarn in Magdeburg werden regelmäßig nervös, wenn Halle irgend ein neues Institut erhalten soll. Sie wittern allemal gleich irgend eine Benachteiligung ihrer Vaterstadt am Elbstamm und erheben dann energisch Protest. Diesmal bringt sie die Nachricht, daß in Halle eine „Kirchenmusikische Bibliothek“ gegründet werden soll, in Harmsitz, und zwar soll in Magdeburg Sozialpatriot sein oeterum censeo in der „Magd. Zig.“ den Mitbürger mit folgenden Worten ins Gewissen:

„Soll Magdeburg schon wieder geschädigt werden? Ich habe kürzlich gelesen, daß man an der Universität in Halle, das ja bekanntlich seit einiger Zeit demüht ist, als „Musikstadt“ zu gelten, eine „Kirchenmusikische Bibliothek“ zu gründen beabsichtigt. Wogegen davon, daß eine derartige Bibliothek in unmittelbarer Nähe Leipzigs, das in musikalischer Hinsicht so hoch bedeutsam ist, zum mindesten als entbehrlich zu bezeichnen ist, bedeutet das Projekt in gewissem Sinne eine Gefahr für Magdeburg: Wir besitzen hier im Dom (in einem Anbau unter dem füblichen Dornum), in der Stadtbibliothek, im Staatsarchiv usw. eine Fülle sehr wertvoller alter Werke aller Kirchenmusik, die zum Teil hier in Magdeburg entstanden sind und im übrigen schon seit Jahrhunderten den hiesigen Bibliotheken angehört haben. Diese Werke sind von den Musikgelehrten bisher, wie es sich gehört, hier an Ort und Stelle zum Studium benutzt oder doch nur vorübergehend nach außerhalb ausgeselert worden. Wir können aber mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß man diese Schätze am liebsten nach Halle bringen möchte, und es steht leider zu befürchten, daß eine solche Absicht die Unterstützung der Regierung finden würde. Wir haben ja in der Beziehung schon recht oft traurige Erfahrungen gemacht. In bezug auf Eisenbahnverbindungen wird Magdeburg zugunsten Halles seit langer Zeit nichtmütterlich behandelt, alle Behörden und Institute, die zweifellos in die Provinzialhauptstadt gehören, haben ihren Sitz in Halle; die reichen Einkünfte unseres „Klosters Berge“ fließen nach wie vor nach Halle, wo sie nicht nur für die Universität, sondern sogar für nichtstaatliche Institute, wie die „Französischen Stiftungen“ usw., verwendet werden, obgleich diese doch von hier stammenden Einkünfte naturgemäß in erster Linie in Magdeburg zur Verwendung zu kommen hätten. — Zum Beschluß unser „Kloster U. Z. Frauen“, das unter derselben finanziellen Verwaltung steht wie das „Kloster Berge“, hat fortgesetzt mit finanziellen Schweregezeiten zu kämpfen, die Schulstellen unserer Stadt sind enorm, und dabei unterläßt man auswärtige Schulen und die Provinzialuniversität von unserem Gelde! Sollte man sich jetzt anschließen, unsere Bibliotheken zu plündern, dann müßte die Presse sofort Alarm schlagen. Die Magdeburger müssen unter allen Umständen ihren Besitz bewahren.“

Somit der Cato von Magdeburg. Es ist ja gewiß anzuerkennen, wenn jemand seine Vaterstadt vor Schäden zu bewahren und ihre Interessen in den Vordergrund zu rücken sucht, aber auch solche an sich löbliche Sorgfalt muß ihre Grenzen haben, sonst wirt der Argwohn komisch. Niemand denkt daran, bei Gründung einer kirchenmusikalischen Bibliothek, die Bibliotheken Magdeburgs zu plündern.“ Auch darauf sind wir Hohenlerger gar nicht neidisch, wenn Magdeburg bessere Eisenbahnverbindungen erhält, aber Halle ist nun mal die Universität der Provinz Sachsen, und mit dieser Lastlage, die schon über 200 Jahre alt ist, muß sich Magdeburg abfinden. Auch gegen die natürliche Folge, daß Institute, die in enger Wechselwirkung mit der Universität stehen, zweckmäßig in der Stadt der Universität untergebracht werden, wird sich schwerlich je etwas machen lassen. Im übrigen hat Magdeburg doch gerade Behörden genug, um auch anderen Städten der Provinz etwas zu gönnen. Wir Hallenser z. B. waren noch nie neidisch darauf, daß das kleine Wertheim und nicht die Großstadt Halle sich der Regierung, sich der Feuerpolizei, des Bezirksaussehers, der Landesversicherungsanstalt usw. ist, ebenso wenig wie es uns betrifft, das Oberlandesgericht in dem kleinen Naumburg zu wissen. Solche Dezentralisation nehmen wir geduldig hin und gönnen den anderen auch etwas. Nur immer von Magdeburg hört man solche niederfüllten Klagen.

Wenn je jemals unbedenklich waren, so sind sie es diesmal: in Sachen der kirchenmusikalischen Bibliothek.

Berhebungen im Rettungswesen bei Unfällen auf den Eisenbahnen.

In jüngster Zeit sind eine Reihe Verbesserungen eingeführt worden, die bei Eisenbahnunfällen die zu leistende Hilfe beschleunigen sollen. Vor allem werden Gaueisenschnelbeapparate befestigt, die beim Zerlegen prertiger Eisenstücke bei Rettungsarbeiten schnelle Dienste leisten können. Die Amtsvorstände und Mannschaften, die im Camaraderdienst tätig sind, erhalten als Erkennungszeichen rote Armbänder. In den Artwagen der Hilfszüge werden „kurze Bänke zur Hilfestellung bei Verletzungen“ aufgeschraubt, aus denen alle zu veranlassenden Maßnahmen zu ergeben sind. Die Rettung bei Unfällen liegt zunächst dem Zugführer, auf den Bahnposten dem Bahnposten vorsteher ob.

Das Hiltzerden in der Saale

hat in der letzten Zeit wieder größeren Umfang angenommen. Tote Tiere, namentlich größere Exemplare, werden in größerer Zahl ans Land befördert. Der Fischbestand ist in diesem Jahre so gering geworden, daß auch die zahlreichsten Angler nennenswerte Resultate nicht mehr erzielen.

Gesheimer Professor Witt, der Direktor der hiesigen Frauenklinik und derzeitige Rektor unserer Universität, ein geborener Berliner, der seit 1903 an der Universität Halle wirkt, begibt am 17. Juli seinen 60. Geburtstag.

Einfrieren von Postkutschen durch Vermittlung der Landbriefträger und Postkutschellen. Damit über die bei den Landbriefträgern auf ihren Postkutschen eingefrieren sowie bei den Postkutschellen niedergeborenen Postkutschen, für welche die Postverwaltung Gewähr leistet (Postkutschen, Kutsche u. dergl.), jederzeit der Gefahr der Einfrieren gefahrt werden kann, ist die Einrichtung getroffen, daß betragliche Geldungen in Annahmehücher eingetragen werden müssen, welche die Landbriefträger und die Postkutschellen führen. Die Einfrierer sind berechtigt, sich von der erfolgten Eintragung zu überzeugen oder die Eintragung selbst zu bewerkstelligen. Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt es sich, von dieser Befugnis in jedem einzelnen Falle Gebrauch zu machen. Die Einfrierer sind über die bei den Landbriefträgern oder bei den Postkutschellen ausgegebenen Wasserungen usw. werden den Beförderern durch die betreffenden Boten, wenn möglich, schon beim nächsten Bestellscheine überbracht. Die Vermittlung der Postkutschellen tritt hierbei nicht ein.

Sächsische Kinder an auswärtigen Bühnen. Fräulein Lotti Boh, bekannt von ihrer Tätigkeit am hiesigen Stadttheater, und Fräulein Hella Hagemann, deren Grotel in der „Hänsel und Gretel“-Aufführung des hiesigen Konseratoriums im Stadttheater beständiges Aufsehen erregte, und beide Schülerinnen des Direktor Bruno Seydich sind, feiern als erste Sängerrinnen der Oper und Operette am Kgl. Kursaaltheater in Danzaburg ausgezeichnete Erfolge. Die dortige Kritik rühmt bei beiden die milde, quellende Eingeweihe und das echt künstlerische Auffassen ihrer Rollen.

Provinzialnachrichten.

Zur Mordtat in Langenshade.

Aus Rudolstadt wird gemeldet: Die Unterjuchung nimmt, so schreibt das „Saalfelder Kreisblatt“, durch den Antritt hier ihren weiteren Gang. Die Vernehmung der drei Inhaftierten dauerte bis Sonntagabend abend 9 Uhr, doch war keiner der drei der Täterhaft bzw. Mittäterschaft und Mitwittäterschaft Verdächtigen zu einem Geständnis oder zu irgendwelchen Aussagen von Belang zu bewegen. Aber es ist heute noch nicht mehr daran zu zweifeln, daß wir es hier mit einem fribolen Brudermord zu tun haben. An eine Entlassung der drei aus dem Untersuchungsgefängnis ist darum nicht zu denken. Gestern fanden in der Morbbude auf dem hiesigen Amtsgericht weitere Zeugenvernehmungen statt. Immer enger ziehen sich die Maschen, so daß angelehrt der sich immer mehr häufenden Umstände, die auf die Schuld der Verhafteten hinweisen, wohl über kurz oder lang mit einem Geständnis gesendet werden kann.

Der ermordete Richard war 46½ Jahre alt. Das Vermögen des Toten wird nun unterrichtet Seite auf über 70 000 M. beziffert. Am meisten belastet wird die 49 Jahre alte Schwelmer Kaulline Barth. Sie hat dem Leichengeldbauer nach der Befestigung der Leiche einen Geldbetrag angeboten, der aber abgewiesen worden ist. Un glaublich ist die Aussage der Frau bezüglich des Abnehmens der Leiche. Der schwache Nagel in der Decke würde die Last schwerlich gehalten haben, und auch der dünne Bindfaden, mit dem Richard Wagner sich angeblich erhängt haben soll, wäre wohl gleich gerissen.

Jetzt wird auch bekannt, daß der in Unterjuchung befindliche 51 Jahre alte Karl Wagner schon am 21. Mai d. J. verurteilt hat, seinen Bruder Richard zu ermorden. Letzterer, der immer den Karl Wagner des Mordes an der Berta Jahn beschuldigte, rettete sich damals durch einen Sprung aus dem Fenster.

Leichtsinziger Flintenschütze.

Mühlhauhen, 9. Juli. Die gemeldete Schießaffäre wird durch die amtliche Unterjuchung in ein ganz anderes Licht gerückt. Demnach hat der 12 Jahre alte Schulknabe Hugo Föhle den 14jährigen Hoffmann mit 11 Schüssen erschossen. Der betäubende Vorfall hat sich folgendermaßen abgepielt: Schon seit Wochen verhielten die Jungen, die in einem der Gärten neben dem Schützenstand wohnen, eine Schießerei, daß den Nachbarn häufig die Augen um die Dänen piffen und es wundernehmen muß, daß ein Unfall sich nicht schon ereignet hat. Gestern mittags, als der 14jährige Hoffmann las, nahm Hugo Föhle seine Stockflinte, zielte auf den Hoffmann und schoß ab. Der Schuß ist aus nächster Nähe abgefeuert; das Gesicht des Verletzten ist verbrannt. Die Verletzung ist sehr schwer, hauptsächlich weil die Bleikugelpflege des Kaufes dem Hoffmann mit ins Gesicht geschleudert wurde. Der Schuß ging durch die Kinnbacken und verlegte den harten Gaumen. Nach der Tat floh Föhle. Als er aufgespürt und vorgeführt wurde, gab er an, Hoffmann habe sich selbst erschossen. Nach Lage der Dinge wurde dies für ausgeschlossen gehalten. Nach eindringlichem Verhör gab er schließlich zu, selbst absichtlich geschossen zu haben.

Waltershausen, 9. Juli. (Anlauf von Wasserquellen.) Die Stadtgemeinde hat zur ausreichenden Speisung ihrer Wasserleitung in der flur Cabarz größere Grundstücke mit den dortselbst vorhandenen Quellen und auch den Wehbrunnen durch Kauf erworben. Das Wasser soll durch einen Rohrstrang nach der Stadt geleitet werden. Am Wehbrunnen soll zur Hebung des Wassers ein großes elektrisches Pumpwerk erbaut werden.

Amnen, 9. Juli. (Attentat auf einen Eisenbahnzug.) Auf den ersten Personenzug nach Thera wurde ein Anschlag verübt, indem ein großes Brett bei Silberbach quer über die Schienen gelegt wurde. Die Eisenbahndirektion läßt eifrig nach den Attentätern fahnden.

Altendurg, 9. Juli. (Messerstecherei.) Auf dem hiesigen Schützenlager kam es nach Mitternacht zu einer Messerstecherei, wobei der Arbeiter Seymer sechs Stiche in den Leib erhielt, von denen einer durch die Lunge ging. Der Verletzte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Messerheld, ein hiesiger Arbeiter, wurde verhaftet.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Am Stadttheater in Jena gastieren Mitte nächster Woche wie uns gemeldet wird, Friedrich Kayser von Deutschen Theater in Berlin und Helene Fehdmer mit einem eigenen Ensemble. Die Götter spielen zwei Stücke Strindbergs und Tolstojs „Und das Licht scheint in der Finsternis“.

Der ehemalige vortreffliche Komiker, das Ehrenmitglied des Götter Hoftheaters, Hofschauspieler a. D. Carl Weich ist am letzten Freitag in Varen in Werfenburg, wo er seit seiner Pensionierung lebte, im hiesigen Alter von nahezu 92 Jahren gestorben. Mit ihm, schreibt das „Cob. Tagbl.“, ist einer von den besten alten Comedians unseres Hoftheaters, der populärste Künstler seiner Zeit, beabschieden. Schon als Kind spielte er 1827 im alten Theater, dem sog. herzog. Parkhaus, mit. Als Schauspieler wirkte er in verschiedenen Städten des Kontinents und kam von München am 1. November 1866 wieder an das hiesige Hoftheater, wo er die Gunst des Herzogs Ernst II. genoß. Schon am 1. September 1867 wurde er fest angestellt und als Regisseur verwendet. Am 31. Dezember 1897 konnte Weich sein 70jähriges Künstlerjubiläum begehen, und am 1. Oktober 1899 trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Sein Gedächtnis wird bei allen, die sich an seinem köstlichen Humor erfreuten, in Ehren bleiben.

Wie uns aus Wien berichtet wird, hat Hermann Bahr eine neue Komödie vollendet, die den Titel „Das Prinzip“ führt.

Vermischtes.

Eine Spur von dem Debrandanten Bruning?

Die Berliner Kriminalpolizei glaubt jetzt endlich eine Spur von dem Debrandanten Bruning gefunden zu haben. Wie erinnerlich, trafen kurz nach dem Verschwinden Brunings bei der Polizei zwei Briefe ein, die beide mit den Buchstaben O. Z. unterzeichnet waren.

In dem letzten dieser Briefe wurde mitgeteilt, daß Bruning sich in Gemeinschaft mit der Briefschreiberin das Leben nehmen wolle, nachdem sie die in ihrem Brief befindlichen Laufenmarkscheine verbrannt hätten. Alle Ermittlungen nach der Briefschreiberin, die man in Berlin vermutete, waren bisher vergeblich gewesen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die beiden Briefe nur geschrieben worden sind, um die Polizei irre zu führen und den Ansehens zu erwecken, als sei Bruning noch in Berlin. Dies ist aber sicher nicht mehr der Fall. Die Briefschreiberin ist identisch mit einem Fräulein, das vor einigen Tagen unter dem Namen O. Z. in einer überaus auffälligen Saupfand bei einem Mann erschien, der sich herumschickte und der Befragung fremder Rechtsangelegenheiten befaßt. Die Dame erlachte den Herrn, für sie mehrere Laufenmarkscheine zu wechseln und ihr für sie fast und ihren Mann zwei Billets nach Amerika zu verschaffen. Die Dame verlangte, daß diese Befragung gegen ein angemessenes Honorar bis zum 5. Juli erledigt werde, sie hat sich aber seit diesem Tage nicht mehr gesehen lassen. Es steht wohl außer Zweifel, daß diese Dame eine der Geliebten Brunings gewesen ist.

Ueber die Gruben-Katastrophe bei Cadeby

London, 10. Juli. Die vier späteren Explosionen erfolgten in rascher Nacheinanderfolge, als sich die Rettungsabteilung von 40 bis 50 Mann im Unglücksstollen befand. Alle wurden abgetrennt. Hier neue Rettungsstärks wurden seitdem todesmutig nach den Unglücklichen. Zwei Zinipfektoren und 10 bis 20 Mann festeln noch. Doch wird auch der Rest der Eingekerkerten längst den Tod gefunden haben.

die Ursache des Unglücks

ist bis zur Stunde noch nichts Bestimmtes bekannt. Man glaubt jedoch, daß sie mit einer Entzündung von Grubengasen durch Sprengschüsse in Verbindung steht. Das Unglück wäre bei weitem größer gewesen, wenn alle Leute eingekerkert wären. Infolge des Befehls des Königs paares im Grubenstollen waren aber viele der Bergarbeiter zum Empfang gegangen. Die ersten, die die Nachricht brachten, waren zwei Bergarbeiter, die ungefähr 1000 Meter von der Unglücksstelle arbeiteten. Gegen zwei Uhr morgens verpörrten sie einen heftigen Luftzug, dem eine mächtige Staubwolke folgte. Sie eilten nach dem Hauptstollen, wo sie zwei Bergarbeiter tot aufanden. Hierauf veränderten sie die Direktion, die sofort Rettungsmaßnahmen in die Grube hinaufbrachte. Die Explosion brachte sofort die Angehörigen der Bergleute an die Grubeneingänge, wo sich herzergreifende Szenen abspielten, als die ersten Leiden an die Oberfläche gebracht wurden. Die Gewalt der Explosion kann man aus der Tatsache erkennen, daß alles in der Umgegend zu Stücken zerstückert wurde.

London, 10. Juli. Trotz der Katastrophe in der Cadebygrube ist der König in die in demselben Bezirk liegende Grefe grube eingefahren. Er sah in einer Tiefe von über 1000 Fuß das Kohlenbergwerk in vollem Betrieb.

Der erste Edelweissig. Der Blumenzug gibt es kein Ende. Jede Stadt veranlaßt ihren Blumenzug, und es nach der Jahreszeit wechseln die Blumen: es gibt Margueritenzeit, Heckenrosenzeit und Kornblumenzeit. Auf einen neuen Gedanken ist der Oberverwalter der Grubebergwerke gekommen. Er veranlaßt am 3. und 4. August einen Edelweissig. Jede Blume dient sich für Oberverwalter, die höchste gelegene Stadt Sachsen, in deren waldreicher Umgebung sich die höchsten Gipfel des Grubebergwerks erheben.

Zur Wärrde des Pfingsters Gienziens. Der Pfingster Gienziens, dessen Selbststellung und Verhaftung wir kürzlich meldeten, befindet sich noch immer in Leipzig in Untersuchungshaft. Diese dürfte vorläufig noch fortbauern. Die ganze Angelegenheit soll, wie verlautet, äußerst verwickelt liegen. Aus diesem Grunde sind bis zur Erzielung einer klaren Ueberlicht umfangreiche Ermittlungen nötig.

Betrügereien gegen Regimentskommandeure wurden seit einiger Zeit von einem jungen Mann verübt, dem in zahlreichen Garnisonstädten beträchtliche Summen in die Hände fielen. Er erschien auf den 3 a h m e i t b u r e a u, legte eine Quittung von einer Kölner Kunsthändlerin vor, die auf den Namen des Regimentskommandeurs lautete, und bat um Bezahlung. In vielen Fällen wurde ihm der geforderte Betrag anstandslos ausgezahlt. Wenn er den Befehl erhielt, die Quittung

von dem Kommandeur befehligt zu lassen, ging er in die Wohnung des Oberstleutnants und ließ sich den geordneten Bescheid über einen Verbleibungsplan von dessen Frau aussprechen. Jetzt ist es endlich gelungen, den Betrüger in der Person des 19 Jahre alten, zu Dobitz in Sachsen geborenen Karl Reinhardt Liebischer zu verhaften.

Sport.

Kenn-Depeschen.

Stennen zu Dortmund, Mittwoch, den 10. Juli 1912.
I. Fehmlinde-Jagdrennen. Dst. 3000 Mtr. 2000 Mtr. 1. Robinot (St. Kranz), 2. Plutarz (St. v. Stammer), 3. Kalleit (St. v. Mohren). Tot: Sieg 63, Pl. 21, 15: 10.
II. Meißner-Jagdrennen. Dst. 3400 Mtr. 2000 Mtr. 1. Romy Low (St. v. Mohren), 2. Blod Satin (St. Anel), 3. Golden Garnet (Hof und Kolod). Tot: Sieg 18, Pl. 13, 23, 29: 10.
III. Hanja-Jagdrennen. Dst. 3200 Mtr. 2500 Mtr. 1. Protege (Weg), 2. Fiffy Ace (Koenegro), 3. Schirley (Gehle). Tot: Sieg 19, Pl. 12: 10.
IV. Freiherr Gisbert v. Romberg Memorial-Jagdrennen. Dst. 4000 Mtr. 5000 Mtr. 1. Seo II (St. von Kamen), 2. Hebesitter (v. Berdem), 3. Wilfina (Z.). Tot: Sieg 22, Pl. 16, 20: 10.
V. Rosenbergs-Jagdrennen. Dst. 3500 Mtr. 5000 Mtr. 1. Bismarcken (St. Gr. Gold), 2. Countertief (St. Schönborn), 3. Turnhilfe (St. v. Götze). Tot: Sieg 14: 10.
VI. Rennen ausgefallen.

Rennen zu Remslag, Mittwoch, den 10. Juli 1912.
I. Fritz Parmesan. Dst. 900 Mtr. 2000 Gr. 1. Double Sue (S. Sara), 2. Belle Wisse (Doumen), 3. Draphe (Hopper). Tot: Sieg 133, Pl. 44, 19: 10.
II. Fritz Pauline. Dst. 1800 Mtr. 3000 Gr. 1. Science (H. Renc), 2. Reulithe (Wella), 3. Umbria (Marth). Tot: Sieg 45, Pl. 14, 56: 17.
III. Fritz Sweetmeat. Dst. 2300 Mtr. 2000 Frcs. 1. Hercide II (Doumen), 2. Royal Amour (G. Kartholom), 3. Vic de Luze (Sharpe). Tot: Sieg 27, Pl. 17, 27: 10.
IV. Fritz Partisan. Dst. 900 Mtr. 3000 Gr. 1. Cief d'Or (G. Stern), 2. Hulotte (Kobinson), 3. Moribhan (Z. Meiff). Tot: Sieg 31, Pl. 12, 19: 10.
V. Fritz Gladiator. Dst. 1400 Mtr. 6000 Gr. 1. Petuiana (C. Meiff), 2. Belmarcor II (M. Henr), 3. The Irishman (Z. Wilson). Tot: Sieg 26, Pl. 13, 12: 10.
VI. Fritz Eugere. Dst. 2000 Mtr. 4000 Gr. 1. Sabre rolles (S. Ghids), 2. Fregoli II (S. Sara), 3. Goffij (Sharpe). Tot: Sieg 55, Pl. 16, 18, 15: 10.
Die „Metzmannschelle“ nimmt heute Vorreiten für Hoppengarten an. Geöffnet von 9 1/2—12 1/2 Uhr.

Auftrag begreifen. Die Bewohner haben alle republikanischen Beamten vertrieben. Einige Bürgermeister verließen die Stadt. Der Distrikt wurde gefangen geleitet, die von Clerico und Botta sind ermordet worden. Die Telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit dem Distrikt sind zum zweiten Male unterbrochen.
Madrid, 10. Juli. Meldungen aus Tun belegen, daß die Stadt Baga in Flammen liege. In Valencia sind Marinertuppen eingetroffen, um einen event. Einfall der Royalisten abzuwehren. Es sind die wildesten Gerüchte in Portugal im Umlauf.

Hitzekatastrophe in Amerika.

Newport, 10. Juli. Die Hitze in Newport hält immer noch unermüdet an. Auch an der ganzen Ostküste von Nordamerika ist die Temperatur gestiegen. Gestern zeigte das Thermometer in Newport 32 Grad Celsius. Es war gestern der heißeste Tag seit dreißig Jahren. Die Feuchtigkeit der Luft erhöht die Reiden der Menschen. Bis jetzt sind wenige Todesfälle, dagegen zahlreiche Hitzschläge vorgekommen. Auf den Straßen sind öffentliche Duschbänke für Pferde eingerichtet worden.

Meßfeld.

Reith, 10. Juli. Der Tagelöhner Jamlon brachte der hiesigen Post, weil sie das Werkbühnis mit seinen Hufen nicht mit einem Reiter bel. Die zu Hilfe herbeigehenden Götter befehlte der Richter ebenfalls. Dann wandte er das Messer gegen sich. Alle vier Personen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft.

Tabakmonopol in der Türkei.

Konstantinopel, 10. Juli. Ein Gesetzentwurf über Änderung der Tabakregel in ein reines Staatsmonopol ist in der Kammer eingebracht worden.

Feld Marsch vor dem Kriegsgesicht.

Konstantinopel, 10. Juli. General Mustafa Schewket Pascha, der befehligt ist, gegen die Reiter von Monastir große Streife an dem Tag zu legen, hat bestimmt, daß der entlassene Gouverneur von Monastir, Fethi Pascha vor dem Kriegsgesicht gestellt werde. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verminliche Drahtnachrichten.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Oberbürgermeister König verabschiedet den Magistrat, daß er am 1. Oktober die Lei-

tung der Frankfurter Magistratsgeschäfte übernehmen werde.

Paris, 10. Juli. Heute ist mit 422 gegen 110 Stimmen, das Budget angenommen worden.

Newport, 10. Juli. Mexikanische Revolutionäre brachen in Juárez in das Bureau des deutschen Konsuls ein und raubten es aus.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstliche Mitteilungen, Mittwoch, 10. Juli 1912, 8 Uhr morgens.

Entstauverteilung und Wetterlage in Europa.

Der Kern des Hochs ist nach Deutschland gewandert; ganz Mitteleuropa ist von mächtigem Druck bedeckt. Westlich von Island ist starkes Sinken des Luftdruckes eingetreten, verursacht durch einen nach nach Süden reichenden Ausläufer des Tiefs im Eismeer. Der Einfluß des Hochs wird vorhergesagt, doch nimmt die Gewittergewitter stark zu.

Witterungsaussicht für den 11. Juli:

Teils bewölkt, wärmer, vorwiegend südlicher Wind, bis auf Gewitter trocken.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

12. Juli: Meist heiter, warm, schwül.
13. Juli: Meist heiter, warm, Gewittergewitter.
14. Juli: Meist heiter, warm, schwül.
15. Juli: Veränderlich, windig, kühl.
16. Juli: Abnehmend, mäßig warm, windig.
17. Juli: Wolfig mit Sonnenfleck, schwül, warm.

Redaktions-Zeitung: Wilhelm in Georg.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Dr. Eugen Brinmann, für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann, für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner, für Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Fuchsmüller; für den Buchhandel: Alfred Barth, Druck und Verlag von Otto Schödel, sämtlich in Halle a. S. in Halle a. S.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich Unterlagsblatt.

Letzte Nachrichten.

Frieden?

Berlin, 10. Juli. (Priv.-Tel.) Trotz wiederholter Demotischen der italienischen und türkischen Regierung erklärt sich in den Kreisen der Berliner Sozialdemokratie das Gerücht, die Türkei sei in allererster Zeit durch die Vermittlung einer befriedeten Großmacht in Verbindung mit Italien getreten, um eine Beendigung des afrikanischen Krieges zu erzielen. Man sagt, die türkische Regierung, deren Lage augenblicklich keineswegs bedauernd genannt werden könne, liebt nicht abzugeben, einen Frieden zu schließen, durch den Tripolitaniertum unter italienische Herrschaft gelangen würde, vorausgesetzt, daß Italien seinen Anspruch auf Benghal fallen ließe, das ja tatsächlich noch nicht durch die italienischen Waffen unterjocht worden ist. Man fügt hinzu, daß eine Kontrolle dieses Gerüchts nicht zu erlangen liege. — (Auf der türkischen Botschaft in Berlin befindet man die Tatsache, daß solche Nachrichten im Umlauf seien, lehnt es aber ab, zu ihnen Stellung zu nehmen, und zwar mit der Begründung: „ohne Nachrichten aus Konstantinopel zu sein.“ Die Red.)

v. Riederlen-Wächter zur Rücklandreise des Reichskanzlers.

Kiffingen, 10. Juli. (Priv.-Tel.) Staatssekretär v. Riederlen-Wächter unterzieht sich mit den Herren der Magistratsdeputation, die ihm aus Anlaß seines 60. Geburtstages die Glückwünsche der Stadt überbrachten, auch über die Petersburger Reise des Reichskanzlers und erklärte, daß die Petersburger Herrn v. Bethmann Solwags mit den russischen Staatsmännern einen glänzenden, alle Hoffnungen betreffenden Erfolg gefeiert haben.

Mahmud Schewket Pascha.

Konstantinopel, 10. Juli. In seinem Rücktrittsgesuch erklärt der Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha, Kammer und Senat hätten das Gesetz, durch das Offiziere die Befähigung mit Politik verboten wird, angenommen. Er halte es für mehr angebracht, daß das Gesetz unter einem neuen Minister Anwendung finde. Außerdem fühle er sich infolge der anstrengenden Arbeiten der letzten Tage ermüdet. Das Dekret, durch das der Rücktritt des Ministers angenommen wird, ist von gestern datiert.

Konstantinopel, 10. Juli. „Tanin“ glaubt, daß der Rücktritt Mahmud Schewket Paschas keine Kabinettskrise zur Folge haben werde.

Die monarchistischen Umtriebe in Portugal.

Lissabon, 10. Juli. Nach zuletzt eingegangenen Nachrichten ist der Distrikt von Cascares wieder vollständig im

1. Ziehung 1. Klasse 1. Preussisch-Süddeutsche (227. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 10. Juli 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los-gezogene Nummer in den beiden Klassen I und II.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in Marks and Pfennigs.

1. Ziehung 1. Klasse 1. Preussisch-Süddeutsche (227. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 10. Juli 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los-gezogene Nummer in den beiden Klassen I und II.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in Marks and Pfennigs.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in Marks and Pfennigs.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in Marks and Pfennigs.

